

aej-Mitgliederversammlung 2016

Beschluss Nr. 8/2016

## Datenschutz stärken, emanzipatorische Digital- & Medienbildung fördern

Die Bundesregierung vollzieht aus unserer Sicht derzeit eine gefährliche Abkehr<sup>1</sup> vom Prinzip einer staatlichen und unternehmerischen Verantwortung für den Schutz der Privatsphäre. Sowohl Bundeskanzlerin Merkel als auch die Bundesminister Dobrindt und Gabriel haben an prominenter Stelle gefordert, Datenschutz als veraltetes Prinzip zugunsten wirtschaftlicher Potentiale abzubauen. Statt der Totalprotokollierung und algorithmenbasierten Vorhersage unseres Lebens klare Grenzen zu setzen, soll die Verantwortung für den Schutz der Privatsphäre unter dem Label der Datensouveränität an die Einzelnen ausgelagert werden.

Den Äußerungen der Bundesregierung treten wir entschieden entgegen. Angesichts der fortschreitenden digitalen Totalprotokollierung unseres Lebens grenzen sie an Verantwortungslosigkeit. Personenbezogene Daten dürfen kein freies Wirtschaftsgut sein. Die Abwägung zwischen dem Schutz von personenbezogenen Informationen und der Verwertung in Informationssystemen muss zur Gunst des Datenschutzes ausfallen. Dieser Schutz soll insbesondere bei der Entwicklung von Technologie Anwendung finden („Privacy by Design“). Potenziale von Big Data lassen sich auch dann nutzen, wenn personenbezogene Informationen geschützt werden.

Es braucht umfassende Regeln zu Daten- und Verbraucherschutz im digitalen Zeitalter – und deren verbindliche Durchsetzung durch entsprechend ausgestattete Aufsichtsbehörden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, das Datenschutzniveau der Europäischen Datenschutzgrundverordnung nicht wie geplant im Rahmen des deutschen Ausführungsgesetzes abzusenken. Stattdessen sollten die vielen Spielräume für nationale Regelungen genutzt werden,

Arbeitsgemeinschaft  
der Evangelischen Jugend  
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9  
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0  
Fax: 0511 1215-299  
E-Mail: [info@aej-online.de](mailto:info@aej-online.de)

<sup>1</sup> Vgl. [http://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Standardartikel/Handlungsfelder/5-1\\_datensicherheit-staerken.html](http://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Standardartikel/Handlungsfelder/5-1_datensicherheit-staerken.html), <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article159486196/Wir-brauchen-eine-digitale-Emanzipation.html>, <https://www.heise.de/newsticker/meldung/IT-Gipfel-2016-Merkel-plaedert-fuer-Datensouveraenitaet-statt-Datenschutz-3490629.html>

den Datenschutz in Deutschland und das Prinzip der Zweckbindung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu stärken. Wir schließen uns der Forderung des Deutschen Bundesjugendrings<sup>2</sup> an, „dass personenbezogene Daten, die eindeutig Minderjährigen zuzuordnen sind, nicht kommerziell erhoben und verwertet werden dürfen.“ Denn: „Junge Menschen sind vor der Auswertung ihrer Daten – und das heißt an dieser Stelle ihres Lebens – besonders zu schützen. Weil die Lebensphase Jugend sich auszeichnen muss durch freie Persönlichkeitsentfaltung, durch Freiräume von Konsequenzen und Verzweckung.“

### Emanzipatorische Digital- und Medienbildung

Wir verwehren uns besonders gegen den Versuch, Digital- und Medienbildung gegen eine politische Regulierung der Datenökonomie auszuspielen. Die Verantwortung dafür, Hoheit über die eigenen Daten zu haben, darf nicht einfach auf die Schultern der Nutzer übertragen werden. Wir sind herausgefordert, die digitale Gesellschaft so zu gestalten, dass Teilhabe an ihr im Einklang mit Grundrechten geschehen kann.

Emanzipatorische Digital- und Medienbildung ist dafür eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung. Sie muss Menschen nicht nur dazu befähigen, selbstbestimmt und reflektiert in der digital mediatisierten Gesellschaft zu handeln. Sie muss auch die sozio-technischen Rahmenbedingungen und Mechanismen dieser Gesellschaft transparent und verständlich machen – und diese daraufhin hinterfragen, ob sie im Dienste der Menschen stehen.

Wir fordern Bund und Länder deshalb auf, emanzipatorische Digital- und Medienbildung zu ihrer Priorität zu machen und sie mit einem koordinierten Vorgehen zu realisieren. Dazu bedarf es mehr als einer Finanzierung der Modernisierung und des Ausbaus der Schul-IT: Ohne entsprechende Investitionen in Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals, die Entwicklung und Realisierung didaktischer Konzepte und die Förderung individueller Schulkonzepte verkommt jede Initiative für Digital- und Medienbildung zu einem reinen Industrieförderprogramm.

Abstimmungsergebnis  
einstimmig, 4 Enthaltungen

---

<sup>2</sup> Beschluss „Selbstbestimmter Umgang mit Daten“ der 89. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings: [https://www.dbjr.de/fileadmin/user\\_upload/pdf-dateien/vv2016/2016-VV-Beschluss-daten.pdf](https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/vv2016/2016-VV-Beschluss-daten.pdf)